

Leserbrief / Stellungnahme zum Artikel: „Politik in Niedersachsen streitet über Gendern in Behörden und Schulen“ – Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 09./10. März 2024

Die Volksinitiative gegen das Gendern in Niedersachsen möchte zum Artikel wie folgt Stellung nehmen:

1. Der Artikel verdeutlicht, so jedenfalls die Reaktionen der Parteien auf die Volksinitiative gegen das Gendern, dass die Implementierung sogenannter Gender-Sprachformen ein Projekt politisch „links“ stehender Parteien und Gruppen zu sein scheint (SPD, Die Grünen). Die deutliche Mehrheit der Bevölkerung – Tendenz steigend -, sowie politisch nicht links stehende Parteien und Gruppen, lehnen diese Sprachformen ab.
2. Wenn SPD und Grüne angeben, es gäbe „keinen Zwang“ zum Gendern (Sozialminister Andreas Philippi), so ist festzustellen, dass dies unseres Erachtens nicht den Tatsachen entspricht:
 - Mit dem Beschluss der rot-grünen Mehrheit im niedersächsischen Landtag aus März 2023 ist festgelegt worden, dass „gengerechte Sprache im öffentlichen Dienst verpflichtend“ werden soll. (NDR vom 22.03.2023: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Landtag-beschliesst-Plaene-fuer-Teilzeit-und-gengerechter-Sprache,gleichstellung226.html). Wir fragen uns, was „Zwang“ sein soll, wenn nicht „verpflichtende“ Vorgaben in der Amtssprache – gegenüber den Bürgern im Land. Vor der Landtagswahl hatte sich Ministerpräsident Stephan Weil noch ablehnend zum Gendern geäußert. Nach der Wahl scheint dies vergessen zu sein.
 - Wenn die Bildungsministerin, Frau Julia Willie Hamburg, die „Lehrkräfte im Bundesland Niedersachsen zum Gendern auffordert“ (RND vom 21.04.2023), dann übt sie Druck auf die ihr unterstellte Lehrerschaft aus, ihre politisch motivierte Sicht auf Sprache im Schulalltag gegenüber minderjährigen, schulpflichtigen Kindern anzuwenden. Die Schüler wiederum sind möglicherweise mit gendernden, sie benotenden Lehrern konfrontiert. Damit wird in dieser Konstellation auch ein erheblicher Konformitätsdruck auf minderjährige, bspw. zehnjährige, Kinder ausgeübt. Zudem wird der irrige Eindruck erzeugt, Gendersprachformen seien Standardsprache oder zumindest fortschrittliche Sprachweiterentwicklung. Beides trifft nicht zu.
 - Frau Hamburg hat das Gendern in Prüfungen und Abiturprüfungen frei gegeben (FAZ vom 24.02.2023). Damit steht sie, wie die gesamte Landesregierung, im politisch motivierten Widerspruch zum Erlass der Kultusministerkonferenz vom 22.08.2018, der das „amtliche Regelwerk zur deutschen Rechtschreibung“, das vom Rat für deutsche Rechtschreibung herausgegeben wird, zur „verbindlichen Grundlage des Unterrichts an allen Schulen erklärt“. Der Rat für deutsche Rechtschreibung hat mehrfach, zweimal im Jahr 2023, festgestellt, dass Gender-Sprachformen nicht zum amtlichen Regelwerk zählen.
 - Es gibt eine Vielzahl von konkreten Hinweisen, dass an den Hochschulen, überwiegend in bestimmten Studienfächern, Druck auf Studentinnen und Studenten ausgeübt wird, Gender-Sprachformen anzuwenden. Es muss hier auch auf die

Vielzahl an „Leitfäden für eine geschlechtersensible Sprache“ an niedersächsischen Hochschulen hingewiesen werden, die eine „eindeutige Sprache sprechen“.

3. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird aus Gebühren der gesamten Bevölkerung finanziert. Wir erwarten – in Anbetracht des hochpolitischen, strittigen, bzw. einseitigen politischen Befrachtung des Themas -, dass sich die Redakteure im ÖRR mit sprachpolitischen Festlegungen in ihrer Tätigkeit für den ÖRR zurück halten. Privat möge jeder so sprechen, „wie ihm oder ihr der Schnabel gewachsen ist.“ Das geht uns nichts an.
4. Gegen eine – jedenfalls zu diesem Thema - sich verselbständigende Politik der Landesregierung, die sich „verpflichtend“ und gegen gesellschaftliche Mehrheiten stellt, ist im Gegensatz zur Auffassung der Bildungsministerin, Frau Hamburg, Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft angezeigt. Mithin wird die **Volksinitiative gegen das Gendern als starker Beitrag zur Stärkung der Demokratie von allen Beteiligten „gebraucht“**.
5. Wir möchten auch verdeutlichen, dass wir selbstverständlich für Gleichberechtigung eintreten, dort wo sie noch nicht erreicht ist. Wir halten es aber für einen Irrglauben, man könne das über die Auflösung der deutschen Sprachgemeinschaft, über Sternchen und Sprechpausen, „erzwingen“. Ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung ist nur noch genervt.